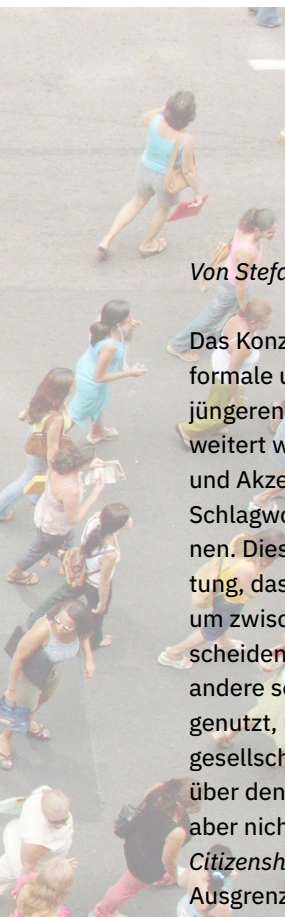


Sprechen als gesell- schaftliche Teilhabe

Zur Verknüpfung von
Sprache und Citizenship





Von Stefan Groth

Das Konzept der Staatsbürgerschaft bezieht sich zunächst auf die formale und rechtliche Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat. In jüngeren Debatten ist ein solches Verständnis von «Citizenship» erweitert worden, um auch weitere, informelle Formen der Teilhabe und Akzeptanz in demokratischen Gesellschaften unter dem Schlagwort der «Cultural Citizenship» in den Blick nehmen zu können. Diese Debatten haben ihren Ausgangspunkt in der Beobachtung, dass vielfach (alltags-)kulturelle Differenzen genutzt werden, um zwischen Bürger:innen «erster» und «zweiter» Klasse zu unterscheiden. Eine andere Muttersprache, eine andere Herkunft oder andere soziokulturelle Praktiken werden dabei vielfach als Marker genutzt, um Minderheiten zu marginalisieren oder von bestimmten gesellschaftlichen Bereichen auszuschliessen. *Citizenship* ist dann über den Pass zwar formal gegeben, wird in der alltäglichen Praxis aber nicht immer vollständig gewährt. Mit dem Begriff der *Cultural Citizenship* wird versucht, die unterschiedlichen Faktoren solcher Ausgrenzungen genauer zu beleuchten. Eine wesentliche Rolle spielt dabei Sprache.

Einleitung: Urbane Sprachvielfalt

Im September 2019 – kurz vor Beginn des Seminars, aus dem die Essays in diesem Band entstanden sind – starteten in Zürich erstmals die interkulturellen Wochen «About Us! Zürich interkulturell.»¹ In «künstlerischen Projekten und soziokulturellen Aktivitäten», die an verschiedenen Orten der Stadt durchgeführt wurden, sollte die Diversität Zürichs aufgezeigt werden. Das Leitmotiv der erstmaligen Durchführung des Projektes «Wir sind Zürich» verweist auf den Anspruch, Beteiligung an Stadt und städtischem Leben in ihrer Vielfalt sichtbar zu machen. Ein Teil dieser Vielfalt, die in den zahlreichen Veranstaltungen präsentiert wurde, betrifft die unterschiedlichen Sprachen, die in Zürich gesprochen werden, und die sich nicht auf Zürich-, Schweizer- oder Hochdeutsch beschränken: In der Lebensrealität vieler Bewohner:innen spielen mehr als nur eine Sprache eine Rolle, in unterschiedlichen Alltagssituationen wird gewechselt zwischen verschiedenen Sprachen und Sprachvarianten. Die Stadt Zürich etwa konstatiert, dass für mehr als 20 Prozent der Zürcher Wohnbevölkerung Deutsch nicht die Hauptsprache ist. Sogar acht Prozent sprechen in ihrem alltäglichen Umfeld kein Schweizerdeutsch oder Hochdeutsch.² Mit der gegebenen Vielsprachigkeit, die Städte wie Zürich auszeichnet, gehen auch Probleme einher. Die Integrationsförderung der Stadt Zürich, die ein Programm für städtische Sprachförderung unterhält, streicht in ihrem «Sprachförderkonzept der Stadt Zürich für Erwachsene mit Deutsch als Zweitsprache»³ besonders die Rolle von Sprache für den Arbeitsmarkt, für Kontakte mit Behörden, mit medizinischen und schulischen Einrich-

1 <https://about-us.ch/projects/interkultruelle-wochen-2019>

2 https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/prd/Deutsch/Stadtentwicklung/Publikationen_und_Broschueren/Integrationsfoerderung/Sprachfoerderung/sprachfoerderkonzept/Sprachfoerderkonzept%20der%20Stadt-%20Zürich%202019.pdf

3 <https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/integrationsfoerderung/sprachfoerderung/sprachfoerderkonzepte.html>

tungen sowie für die Beteiligung am sozialen Leben heraus. Neben der Bereithaltung von Informationen, Hilfestellungen und Formulare in verschiedenen Sprachen arbeitet die Sprachförderung insbesondere mit Sprachkursen, um einen möglichst grossen Anteil ihrer Zielgruppe zu erreichen. Ziel des Programms ist die Ermöglichung einer stärkeren gesellschaftlichen Beteiligung in ihren unterschiedlichen Dimensionen, die bis hin zum erfolgreichen Bestehen des Sprachtests im Rahmen eines Einbürgerungsverfahrens reichen kann. Massgeblich für solche und ähnliche Initiativen, die den Spracherwerb fördern wollen, ist die Annahme, dass das Beherrschen der jeweiligen Nationalsprache für die wirtschaftliche und soziale Integration wichtig ist und dass es ohne entsprechende Sprachkompetenzen zu Hindernissen in gesellschaftlicher Teilhabe kommen kann.

Diese pragmatischen Aspekte der Sprachkompetenz treffen insbesondere in urbanen Kontexten auf eine Sprachvielfalt, die auch als sprachliche «Superdiversität»⁴ beschrieben werden kann. Im Anschluss an die Transnationalismus- und Migrationsforschung ist damit eine Vervielfachung gesprochener Sprachen gemeint, die mit komplexeren Prozessen der Migration einhergeht:

«Superdiversity is characterized by a tremendous increase in the categories of migrants, not only in terms of nationality, ethnicity, language, and religion, but also in terms of motives, patterns and itineraries of migration, processes of insertion into the labour and housing markets of the host societies, and so on.»⁵ The predictability of the category of «migrant» and of his/her sociocultural features has disappeared.»⁶

4 Jan Blommaert und Ben Rampton, «Language and Superdiversity», *Diversities* 13, Nr. 2 (2011): 1–22.

5 Cf. Steven Vertovec, «Towards Post-Multiculturalism? Changing Communities, Conditions and Contexts of Diversity: Towards Post-Multiculturalism», *International Social Science Journal* 61, Nr. 199 (2010): 83–95, <https://doi.org/10.1111/j.1468-2451.2010.01749.x>.

6 Blommaert und Rampton, «Language and Superdiversity», 1.

Die Herkunft von Migrant:innen und deren Sprachen in Ländern wie der Schweiz oder Deutschland war für eine lange Zeit relativ voraus-sagbar und besonders durch Arbeitsmigration von «Gastarbeiter:innen» etwa aus Italien oder der Türkei geprägt. Dies hat sich geändert – inzwischen sind die Herkunftsländer von Migrant:innen ebenso divers wie deren Sprachen und es fällt, so Blommaert und Rampton, schwerer, die Herkunft von Personen vorherzusagen oder einzuschätzen. Dies ist besonders in den urbanen Lebenswelten der «Global Cities» so. Die Soziologin Saskia Sassen argumentiert, dass hier Unterscheidungen zwischen Staatsbürgerschaft und Ausländerstatus zunehmend verwischen und an Bedeutung verlieren.⁷ In alltäglichen Begegnungen spielt die Frage danach kaum eine Rolle und es entstehen Praktiken und Räume der Verständigung und Zusammenarbeit, in denen fehlende Kompetenzen in der jeweiligen Landessprache ebenso wenig ein Hindernis darstellen wie eine «fehlende» Staatsbürgerschaft.

Diese Annahme teilt auch der Anthropologe Néstor García Canclini, der besonders für urbane Zentren die Entstehung von «hybriden Kulturen» beobachtet, die sich durch Kreativität und Vermischung auszeichnen⁸ und in denen starre Kategorien von Zugehörigkeit – Staatsbürger oder Nicht-Staatsbürger – abgelöst werden von flexiblen Modellen der «Citizenship». Sprache spielt auch hier eine zentrale Rolle, aber nicht in dem Sinne, dass fehlende Kompetenzen in der Landessprache eine Hürde für die Teilhabe am gesellschaftlichen und städtischen Leben darstellten. Eher wird soziale Integration und Partizipation am gesellschaftlichen Leben mehrdimensional betrachtet. Sprachliche Vielfalt oder sprachliche Superdiversität kann nach

7 Saskia Sassen, «The Repositioning of Citizenship: Emergent Subjects and Spaces for Politics», *Berkeley Journal of Sociology* 46 (2002): 4–26.

8 Néstor García Canclini, *Hybrid Cultures. Strategies for Entering and Leaving Modernity* (Minneapolis: University of Minnesota Press, 1995).

einer solchen Sichtweise soziale Integration oder Zusammenarbeit erst ermöglichen und Grenzen zwischen unterschiedlichen Gruppen überwinden.⁹ Dies kann etwa heissen, dass es Räume gibt in denen es normal oder üblich ist, nicht die Landessprache zu sprechen, sondern in einer oder mehreren anderen Sprachen zu kommunizieren. Das kann der Fall sein bei den mit hohem Sozialprestige und Einkommen verbundenen Jobs in der Tech- oder Finanzbranche, in denen Englisch oftmals Arbeitssprache ist. Diese wird auch im Privatbereich fortgeführt und ebenso im öffentlichen Raum – in Cafés, im Tram oder am Ufer des Zürichsees – nicht als unüblich angesehen. Ebenso ist aber auch das Sprechen anderer Sprachen Alltag in Geschäften, Vereinen, kirchlichen Institutionen und Quartieren.

Wiewohl für einige Bereiche des öffentlichen Lebens das Beherrschen der jeweiligen Nationalsprache wichtig sein kann, gibt es doch zahlreiche Situationen, in denen dies nicht der Fall ist. Hierbei lässt sich eine Hierarchie von Sprachen und auch eine Verknüpfung mit anderen sozioökonomischen Faktoren feststellen. So können – zugespitzt formuliert – gutsituierte englischsprachige Angestellte der Tech-Branche auf Hilfestellung von Arbeitgeber:innen oder spezialisierte Agenturen zurückgreifen, um behördliche Kontakte zu bewältigen. Diese Möglichkeiten bieten sich prekären Muttersprachler:innen mit Kenntnissen in weniger nachgefragten Sprachen nur in begrenztem Umfang, obschon es auch Hilfsangebote von NGOs oder Unterstützung durch andere Netzwerke gibt. Fehlende Sprachkenntnisse müssen so prinzipiell keine Hindernisse darstellen, sondern können auf unterschiedliche Art kompensiert werden.

9 Vgl. auch Regina Römhild, «Prekarität und Kreativität in Europa. Die soziale Erosion des Nationalstaats und die Mobilisierung sozialer Praxis in der Perspektive einer politischen Anthropologie», Zeitschrift für Volkskunde 106, Nr. 1 (2010): 23–44.

Die gesellschaftliche Perspektive auf Sprache ist nicht immer gleich: Bestimmte Sprachkonstellationen werden als Problem und Integrationshürde gesehen, andere eher als Ausweis von Internationalität und Offenheit. Mit Sprachkompetenzen sind damit nicht nur pragmatische Faktoren wie Möglichkeiten zur Verständigung mit Behörden oder dem nachbarschaftlichen Umfeld verbunden, sondern auch normative Vorstellungen, die zwischen unterschiedlichen Sprachen differenzieren und ihnen positiven oder negativen Einfluss auf Anpassung oder Teilhabe zusprechen.

Sprache und Sprachpolitik

Ebenfalls im September 2019 startete an der Universität Zürich eine Ringvorlesung zum Thema «Regionalsprachen», organisiert vom Romanischen Seminar.¹⁰ Die Veranstaltungen in diesem Rahmen thematisierten den Schutz und die Förderung von Regional- und Minderheitensprachen und machten deutlich, dass Sprache immer auch unter normativen oder politischen Gesichtspunkten betrachtet werden muss. Gerade in einem Land wie der Schweiz, das nicht eine, sondern vier Amtssprachen hat, sind Debatten über Sprachpolitik häufig anzutreffen und zeigen einen weiteren Aspekt von Sprache und gesellschaftlicher Teilhabe auf: Den Zusammenhang zwischen Sprache und Raum. Vorstellungen, welche Sprache in einem bestimmten Gebiet gesprochen wird, sind dabei nicht gegeben, sondern historisch variabel und Gegenstand politischer Aushandlungen und Kämpfe – und dies auch heute noch. Sie reichen teils weit zurück und suggerieren über ihre Beständigkeit eine Natürlichkeit. Die Annahme etwa, dass zu einer Nation auch immer eine Sprache gehört, geht unter anderem zurück auf die Romantik. Ein prominenter Vertreter dieser

10 <https://www.uzh.ch/cmsssl/de/outreach/events/rv/archiv/2019hs/regional-sprachen.html>

Sichtweise war Johann Gottfried Herder, der davon ausging, dass sich in Nationalsprachen ein je spezifischer «Volksgeist» widerspiegeln¹¹ – die Verbindung zwischen Sprache und einem «Volk» erscheint hier als natürlich gegeben.

Die mit Sprache verbundenen Konflikte können ganz unterschiedliche Auswirkungen haben: So kann das Sprechen von Dialekt in der Schule verpönt sein oder es kann – wie in Spanien unter Franco – verboten sein, im öffentlichen Raum eine Regionalsprache wie Baskisch zu sprechen. Zudem kann von Gruppen die Gleichstellung von Regionalsprachen mit offiziellen Amtssprachen oder die mehrsprachige Auszeichnung von Strassenschildern¹² oder Konsumprodukten gefordert werden. Historisch und gegenwärtig gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass das Sprechen einer bestimmten Sprache, die nicht dominanten Vorstellungen entspricht, sanktioniert werden und zum Ausschluss aus bestimmten Bereichen führen kann. Ebenso kann aber auch das Nicht-Beherrschen einer bestimmten Sprache zu Nachteilen führen – auch wenn es sich dabei nicht um die «offizielle Standardsprache» handelt. Sprache ist Teil politischer Projekte und die politischen Dimensionen von Sprache sind zahlreich. Forschungen zu «language policies»¹³ zeigen dabei zentral auf, dass die Vorherrschaft einer bestimmten Sprache oder Variante nicht einfach

11 William A Wilson, «Herder, Folklore and Romantic Nationalism», *The Journal of Popular Culture* 6, Nr. 4 (1973): 819–35, <https://doi.org/10.1111/j.0022-3840.1973.00819.x>; Richard Bauman und Charles L Briggs, «Language Philosophy as Language Ideology: John Locke and Johann Gottfried Herder», in *Regimes of Language: Ideologies, Politics and Identities*, hg. von Paul V Kroskrity (Santa Fe: School of American Research Press, 2000), 139–204.

12 Claudine Brohy, «Die Strassennamen in der Stadt Freiburg: Wenige zweisprachige Schilder nach Jahrzehnten des Kampfes», *Sprachspiegel: Zeitschrift für Sprachwissenschaft* 73, Nr. 4 (2017): 112–17, <https://doi.org/10.5169/seals-768591>.

13 Sue Wright, *Language Policy and Language Planning* (London: Palgrave Macmillan UK, 2016), <https://doi.org/10.1007/978-1-137-57647-7>.

«natürlich» gegeben, sondern das Ergebnis von Aushandlungsprozessen ist, die historisch variabel und normativ aufgeladen sind.

Gesellschaftliche Teilhabe ist dann auch mit Bezug auf Sprache nicht bereits durch Staatsbürgerschaft oder andere Rechte garantiert. Sie ist zum einen verbunden mit vorherrschenden Vorstellungen über Sprache, die teils weit zurückreichen, aber ebenso umkämpft sind; zum anderen ist sie gekoppelt an Kompetenzen und Eigenschaften von Individuen, die jeweilige Sprache (oder: die jeweiligen Sprachen und Sprachvarianten) zu sprechen oder zu beherrschen. Nicht allein die Kompetenz, eine Sprache sprechen zu können, sondern auch das Vermögen, sie situativ und differenziert einzusetzen, spielen dabei eine Rolle. Wann ist es etwa angemessen, mit Akzent oder im Dialekt zu sprechen? Welche Wortwahl empfiehlt sich in welcher Situation und bei welchem Gegenüber? Die unterschiedlich gelagerten Annahmen über den engen Zusammenhang zwischen Sprache und gesellschaftlicher Teilhabe, die an das Konzept von *Cultural Citizenship* anschließen, sind Ausgangspunkt der Beispiele, um die es in den Essays in diesem Band geht. Sprache wird hier als eine von zahlreichen Dimensionen der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und an Öffentlichkeit verstanden.

Cultural Citizenship

Grundlegende Aussage von *Cultural Citizenship* ist, dass sich die Bürgerschaft von Personen und Gruppen nicht nur auf die rechtliche Frage der Staatsbürgerschaft reduzieren lässt, also auf die formalrechtliche oder politische Teilhabe, wie sie etwa über den offiziellen Status als Bürger:in oder über das Wahlrecht besteht. *Citizenship* wird hier nicht als binärer Status – man ist Bürger:in oder man ist nicht Bürger:in – verstanden. Vielmehr konstatiert das Konzept von *Cultural Citizenship*, dass es trotz des Gleichheitsversprechens moderner Nationalstaaten *graduelle* Unterschiede im Status verschie-

dener Bevölkerungsgruppen gibt. Der Anthropologe Alejandro I. Paz spricht von «unequal gradations of citizenship status»¹⁴, die trotz der formalen Gleichheit auszumachen sind. Beispiele für solche Begrenzungen von Teilhabe trotz Staatsbürgerschaft sind geläufig; sie reichen von Diskriminierungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt aufgrund eines fremdländischen Nachnamens über Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts bis hin zu ökonomischen Dimensionen, die Ungleichheiten im Bereich der Bildung zur Folge haben können. Neben dem rechtlichen Status als Bürger:in lassen sich entsprechend weitere Faktoren und Merkmale ausmachen, die für eine Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen relevant sind. Welches Geschlecht, welche Hautfarbe, Herkunft oder Bildungshintergrund jemand hat, über welche ökonomischen Mittel und über welche Kompetenzen jemand verfügt und nicht zuletzt auch welche Sprache und wie jemand spricht oder sich verhält – all dies sind Elemente, die den Zugang zu bestimmten gesellschaftlichen Bereichen versperren oder erschweren können, und zwar trotz formal gleichen Rechten. *Citizenship* ist so abhängig von einer ganzen Reihe von Faktoren, die nicht immer gleich sichtbar sind und die zudem im geschichtlichen Verlauf durchaus variabel sind.

Solche Faktoren sind «marker of difference»¹⁵ in Gesellschaften, über die Unterschiede deutlich werden und die für Einzelne oder für Gruppen eine vollständige Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen verhindern (oder ermöglichen) können. Entscheidend ist dafür, folgt man dem Konzept von *Cultural Citizenship*, nicht unbedingt, ob jemand auch die tatsächliche Staatsbürgerschaft besitzt. So kann man

14 Alejandro I. Paz, «Communicating Citizenship», *Annual Review of Anthropology* 48, Nr. 1 (2019): 78, <https://doi.org/10.1146/annurev-anthro-102317-050031>.

15 Jean Beaman, «Citizenship as Cultural: Towards a Theory of Cultural Citizenship», *Sociology Compass* 10, Nr. 10 (2016): 849, <https://doi.org/10.1111/soc4.12415>.

am gesellschaftlichen Leben, an Bildung, Kultur und Gesundheitsversorgung durchaus teilhaben, ohne die Staatsbürgerschaft des jeweiligen Landes zu besitzen. Die Anthropologin Aihwa Ong etwa beschreibt das Beispiel der «parachute kids»¹⁶, die von ihren ökonomisch gut situierten Eltern zum Studium ins Ausland geschickt werden und dort, mit Ausnahme etwa des Wahlrechts, Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen haben. Eine fehlende Staatsbürgerschaft muss in solchen Fällen kein Hindernis sein. Auf der anderen Seite kann man von der Teilhabe in unterschiedlichen Bereichen ausgeschlossen sein, obwohl man eigentlich die Staatsbürgerschaft besitzt: Der Zugang zu ausgezeichneter Bildung etwa kann durch fehlende ökonomische Mittel oder durch das Milieu des Elternhauses erschwert werden, die Suche nach Arbeit kann durch Diskriminierungen aufgrund von Hautfarbe, Herkunft oder Geschlecht begleitet werden. Die «marker of difference» sind dabei nicht zwangsläufig explizit und deutlich. So verweist Pierre Bourdieu in seinen Forschungen zu sozialen Ungleichheiten, dass etwa der falsche Geschmack oder fehlendes Wissen über das richtige Verhalten oder die richtige Wortwahl in bestimmten Situationen im Sinne eines «kulturellen Kapitals» die Grundlage von Prozessen der Exklusion sein kann.¹⁷ Die Politiken der Differenz und Distinktion, die er und andere Forscher:innen in diesem Bereich beleuchten, machen deutlich, dass der soziale Raum zu grossen Teilen durch informelle Dimensionen geprägt wird, zu denen nicht zuletzt auch Sprache gehört.¹⁸

16 Aihwa Ong, «Cultural Citizenship as Subject-Making: Immigrants Negotiate Racial and Cultural Boundaries in the United States», *Current Anthropology* 37, Nr. 5 (1996): 737–62, <https://doi.org/10.1086/204560>.

Diskriminierungen und Hindernisse in gesellschaftlicher Teilhabe werden im Rahmen von *Cultural Citizenship* differenziert betrachtet, also nicht als klare kategoriale Unterscheidung zwischen Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit. Renato Rosaldo etwa kritisiert die alltagssprachliche Trennung zwischen «full» und «second-class citizen» und konstatiert, dass *Citizenship* «a matter of degree» sei¹⁹, die sich in spezifischen Situationen auch auf unterschiedliche Art zeigen könne. Damit gehe es aus Perspektive der Forschung – die bei Rosaldo durchaus ein aktivistisches Element hat – insbesondere darum, den «qualitative distinctions in senses of belonging, entitlement, and influence» nachzugehen und danach zu fragen, wie solche Unterschiede konfiguriert sind, wie sie sich im Alltag zeigen und wie sie etwaig auch beseitigt werden können. Die «different degrees of full inclusion on society»²⁰ oder «gradations of citizen status»²¹, auf die das Konzept von *Cultural Citizenship* aufmerksam macht, sind nach dieser Sichtweise auch in konkreten Interaktionen beobachtbar. Damit geht es nicht nur um formalisierte rechtliche, politische oder zivilgesellschaftliche Regelungen, die einen hohen Formalisierungsgrad aufweisen, sondern ebenso um informelle und teils nur schwer sichtbare Unterschiede.

Im Kontext von Sprache als Element von Citizenship sind hier etwa Akzent oder Wortwahl zu nennen, die als «marker of difference» fungieren können. Wegweisend für diese Einsicht sind die Arbeiten des

17 Pierre Bourdieu, «Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital», hg. von Reinhard Kreckel, *Soziale Welt Sonderband 2* (1983): 183–98.

18 Pierre Bourdieu, *Language and Symbolic Power* (Cambridge: Harvard University Press, 1991).

19 Renato Rosaldo, «Cultural Citizenship in San Jose, California», *PolAR: Political and Legal Anthropology Review* 17, Nr. 2 (1994): 57, <https://doi.org/10.1525/pol.1994.17.2.57>.

20 Beaman, «Citizenship as Cultural», 850.

21 Paz, «Communicating Citizenship», 78.

Soziolinguisten William Labovs über Sprachvariationen in New York. In «The Social Stratification of English in New York City»²² zeigt er, wie sprachliche Unterschiede mit sozialen Unterschieden korrelieren und wie über den sprachlichen Ausdruck von Individuen deren Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen interpretiert wird.

Zumindest implizit sind dabei Vorstellungen eines «normative centers»²³ oder eines Standards, an dem Abweichungen gemessen werden können. Sowohl bei Sprache²⁴ wie auch bei den anderen Dimensionen von *Cultural Citizenship* gibt es hegemoniale Ideen darüber, wie man «richtig» und «normal» (oder «falsch» und «abweichend») spricht, sich verhält oder genereller: ist. In den USA etwa ist dem WASP, dem «White Anglo-Saxon Protestant», lange der Status des idealtypischen Bürgers zugeschrieben worden²⁵, von dem ausgehend Differenzen ausgemacht wurden. Solche Vorstellungen eines Standards sind zwar historisch relativ stabil und träge, können sich jedoch im zeitlichen Verlauf ändern und sind Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungen. So lässt sich für den europäischen Kontext beobachten, dass die Sicht auf Migration als Normalität und auf Länder wie die Schweiz oder Deutschland als Einwanderungsländer zwar weiterhin auf Widerstände stösst. Angesichts der Realität von Migration und der entsprechenden Differenzierung von Lebensreali-

22 William Labov, *The Social Stratification of English in New York City*, *The Social Stratification of English in New York City* (Cambridge: Cambridge University Press, 2006), zuerst 1966 erschienen.

23 Beaman, «Citizenship as Cultural», 853.

24 Michael Silverstein, «Monoglot Standard in America: Standardization and Metaphors of Linguistic Hegemony», in *The matrix of language: contemporary linguistic anthropology*, hg. von Donald Brenneis und Ronald K S Macaulay (Boulder: Westview Press, 1996), 284–306.

25 Vgl. Eric P. Kaufmann, *The Rise and Fall of Anglo-America* (Cambridge, Mass: Harvard University Press, 2004); Kaufmann setzt den Beginn dieser Vorstellung bei der Amerikanischen Revolution an und konstatiert ab den 1960er Jahren eine verstärkte kritische Sicht darauf.

täten und Biografien ist das Bild eines normativen Zentrums jedoch zunehmend umstritten – unter anderem auch durch Forderungen, gesellschaftliche Teilhabe im Sinne von *Cultural Citizenship* neu zu denken.

«The Right to Be Different»: Cultural Citizenship bei Renato Rosaldo

Das Konzept von *Cultural Citizenship* kann unterschiedlich angewendet werden. Zum einen kann es als positive Forderung nach vollständiger Teilhabe trotz Differenz verstanden werden. Für diesen Ansatz steht stellvertretend Renato Rosaldo, der sich ab Mitte der 1990er-Jahre mit der Frage beschäftigt, wie Latinos sich um Inklusion in den USA bemühen und welche Argumentationsfiguren dabei genutzt werden. Rosaldo definiert *Cultural Citizenship* wie folgt:

«Cultural citizenship refers to the right to be different (in terms of race, ethnicity, or native language) with respect to the norms of the dominant national community, without compromising one's right to belong, in the sense of participating in the nation-state's democratic process.»²⁶

Rosaldo interessiert sich dafür, wie «belonging», also gesellschaftliche Zugehörigkeit, praktisch gedacht werden kann. Mit dieser Frage geht die Beobachtung einher, dass es «a range of gradations in the qualities of citizenship» (ebd.) gibt, die über den dichotomen rechtlichen Unterschied zwischen Bürger:innen und Nicht-Bürger:innen hinausgehen. Er interessiert sich im Anschluss an Stuart Hall und David Held dafür, was Zugehörigkeit in der Praxis meint («what belonging means in practice») und für die «micropolitics of cultural citizenship»²⁷, die sich in alltäglichen Interaktionen zeigen – insbeson-

26 Rosaldo, «Cultural Citizenship in San Jose, California», 57.

27 Rosaldo, 61.

dere in Erfahrungen von Diskriminierung und Exklusion. Wie also werden im Alltag die graduellen Unterschiede im *Citizenship*-Status sichtbar?

Teilhabe umfasst bei Rosaldo eine ganze Reihe von Faktoren, die von eher abstrakten Dimensionen wie rechtlicher und politischer Gleichbehandlung über ökonomische Chancengleichheit, Werte wie Menschenwürde, Wohlbefinden, Respekt bis hin zu pragmatischen Aspekten wie gleichen Löhne und Einkommen, Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit reichen.²⁸ Rosaldo konstatiert dabei einen zentralen Unterschied zwischen der «formal legal citizenship» und der «informal cultural citizenship», die sich aus diesen ganz unterschiedlichen Elementen zusammensetzt und im Gegensatz zur rechtlichen Bürgerschaft besonders für Migrant:innen schwer oder gar nicht zu erreichen ist. Rosaldo argumentiert hier im Anschluss an Paul Gilroy, einen prominenten Vertreter der Cultural Studies. Dieser führt am Beispiel Grossbritanniens aus: «Englishness is a complex form of life that can only be acquired through a long time of residence in the nation»²⁹. Um also in allen Dimensionen den normativen Vorstellungen von «Englishness» zu entsprechen und sich an diese anzupassen brauche es, so Gilroy, eine lange Zeit und entsprechende Anstrengungen. Überdies sei die «color line», also die Hautfarbe, ein wesentlicher Grund dafür, dass trotz der formellen Staatsbürgerschaft und der Anpassung und vorherrschende Standards die informelle *Citizenship* teils überhaupt nicht erreicht werden kann. Entsprechend ist auch die Forderung Rosaldos nach einem Recht auf Differenz zu verstehen: Im Rahmen eines politischen Kampfes um Teilhabe gehe es darum, Unterschiede nicht als Defizit und Abweichung zu verstehen, sondern positiv als Merkmale von *Citizenship* zu verstehen.³⁰

28 Rosaldo, 57f.

29 Rosaldo, 60.

30 Rosaldo, 57f.

«Cultural Citizenship as Subject-Making»: Cultural Citizenship bei Aihwa Ong

Zum anderen kann *Cultural Citizenship* auch als analytische Feststellung verstanden werden, dass Individuen zu *Citizens* gemacht werden und selbst an diesem Prozess beteiligt sind. Aihwa Ong, die diesen Ansatz geprägt hat, spricht von

«Cultural citizenship [as] a dual process of self-making and being-made within webs of power linked to the nation-state and civil society. Becoming a citizen depends on how one is constituted as a subject who exercises or submits to power relation.»³¹

Anders als bei Rosaldo geht es Ong also um weniger um die Gestaltungsmacht und -möglichkeiten von Individuen, die Rechte auf *Citizenship* trotz Differenzen zu vorherrschenden Vorstellungen von Bürger:innen einfordern. Stattdessen betrachtet sie die «everyday processes whereby people, especially immigrants, are made into subjects of a particular nation-state»³². Im Anschluss an Foucault geht sie von hegemonialen Formen aus, die innerhalb von Nationalstaaten für die Subjektwerdung («subjectification») als *Citizen* zur Verfügung stehen und dabei auf ethnische, kulturelle und ökonomische Differenzen rekurrieren. Auch Ong betont, dass es unterschiedliche «elements of citizenship» gibt, die miteinander verbunden und hierarchisch geordnet sind: «entanglement of ideologies of race, culture, nation, and capitalism shapes a range of ethnicized citizenship in different fields».³³

Für unterschiedliche Gruppen von Immigrant:innen gibt es nach Ong, die insbesondere über die Verbindungen zwischen Südostasien

31 Ong, «Cultural Citizenship as Subject-Making: Immigrants Negotiate Racial and Cultural Boundaries in the United States», 738.

32 Ong, 737.

33 Ong, 751.

und den USA geforscht hat, auch unterschiedliche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe als «differential governmentalities»³⁴. So könnten reiche Familien aus dem asiatischen Raum ihre Kinder als «parachute kids» auf Eliteschulen in den USA schicken und ihnen durch die entsprechende ökonomische Ausstattung und den Zugang zu gutem rechtlichen Beistand sowohl einen gesicherten Aufenthaltsstatus wie einen hohen Grad an gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen.³⁵ Insbesondere Immigrantinnen aus ärmeren Ländern wie Kambodscha seien hingegen auf eine «alternative modality of belonging»³⁶ angewiesen, die zum Beispiel durch die Mitgliedschaft in der mormonischen Kirche erreicht werden könne. Anders als bei den «parachute kids» seien deren Möglichkeiten zur Teilhabe begrenzt und an die Notwendigkeit geknüpft, sich den weissen und männlichen Idealen der Kirche unterzuordnen. Nach Ong gibt es entsprechend differenzierte Formen der Teilhabe, die abhängig von Ethnizität, Kultur, ökonomischen Kapital und Gender sind.

Sowohl Ong als auch Rosaldo verweisen in ihren Arbeiten darauf, dass *Cultural Citizenship* nicht statisch, sondern dynamisch und komplex sei. Was genau unter *Citizenship* verstanden wird ist Gegenstand von Aushandlungen in spezifischen Situationen, Teil von politischen Kämpfen und ebenso von gouvernementalen Prozessen. Insbesondere in *hybriden Kulturen*³⁷, in denen nicht mehr ohne weiteres von einer «dominant culture» oder einem «normative center» gesprochen werden kann, hat man es entsprechend mit wechselnden Vorstellungen von Zugehörigkeit zu tun.

34 Ong, 751.

35 Ong, 748f.

36 Ong, 747.

37 García Canclini, *Hybrid Cultures. Strategies for Entering and Leaving Modernity*.

Multidimensionalität von Citizenship

Die unterschiedlichen Ansätze im Kontext von *Cultural Citizenship* machen jeweils deutlich, dass Teilhabe nur in ihrer Multidimensionalität zu verstehen ist und sich nicht auf ein oder wenige Elemente reduzieren lässt. Der Fokus auf den rein rechtlichen Status etwa kann dann den Blick auf Hindernisse der politischen Partizipation versperren; eine Betonung der sozialen Dimensionen von bürgerschaftlicher Teilhabe kann ökonomische Faktoren vernachlässigen; der Versuch, Bildungsunterschiede als Hürde von Teilhabe zu beseitigen, kann Diskriminierungserfahrungen entlang kultureller oder religiöser Zugehörigkeiten ausblenden. Ebenso reicht der ausschließliche Blick auf Sprache als begrenzender Faktor der Teilhabe nicht aus. Dies erfordert einen detaillierten Blick auf spezifische Kontexte, in denen Unterschiede mit Bezug auf *Citizenship* sichtbar werden.

So zeigen etwa die Arbeiten von Néstor García Canclini, dass *Citizenship* sich über transnationale Konsumgemeinschaften konstituieren kann:

«Men and women increasingly feel that many of the questions proper to citizenship – where do I belong, what rights accrue to me, how can I get information, who represents my interests? – are being answered in the private realm of commodity consumption and the mass media more than in the abstract rules of democracy or collective participation in public spaces.»³⁸

Citizenship – und bei García Canclini auch Öffentlichkeit an sich – sind nicht mehr über nationale Grenzen definiert, sondern beeinflusst durch globale Entwicklungen des Multikulturalismus, zuvor-

38 Néstor García Canclini, *Consumers and Citizens: Globalization and Multicultural Conflicts* (Minneapolis: University of Minnesota Press, 2001), 15.

derst von Konsumgewohnheiten und Medienkonsum³⁹. Aihwa Ong macht deutlich, dass *Citizenship* auch über die Mitgliedschaft in Kirchengemeinden, dem Studium an Universitäten oder über philanthropische Aktivitäten angestrebt werden kann.⁴⁰ Jean Beaman argumentiert mit dem Begriff der «multicultural citizenship», dass Bürgerschaft individuell sehr unterschiedlich konfiguriert sein kann: «individuals are not uniform, citizenship contours itself around them».⁴¹ Eine solche Multidimensionalität von *Citizenship*, die in diesen und anderen Ansätzen deutlich wird, lässt sich nicht über einfache kategoriale Unterscheidungen erschliessen. Sie wird insbesondere in Situationen deutlich, in denen gesellschaftlich ausgehandelt wird, welche Anforderungen erfüllt werden müssen, um *Citizen* zu sein. Im Anschluss an Ong geht es um die spezifischen Subjektivierungsprozesse, in deren Folge *Citizens* angerufen und diszipliniert werden.⁴² In den Fokus rücken damit – anstelle formaler Kriterien – die performativen Dimensionen von Teilhabe und konkrete «acts of citizenship»⁴³, also das Verhalten und die Handlungen Einzelner, mit denen Rechte zur Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen eingefordert oder verwirklicht werden. Leitend ist hierfür die Frage, wie sich *Cultural Citizenship* in alltäglichen Situationen zeigt und welche – auch sprachlichen – Praktiken damit verbunden sind.

39 Vgl. Andreas Hepp, «Néstor García Canclini: Hybridisierung, Deterritorialisierung und Cultural Citizenship», in Schlüsselwerke der Cultural Studies, hg. von Andreas Hepp, Friedrich Krotz, und Tanja Thomas, Medien – Kultur – Kommunikation (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009), 171.

40 Ong, «Cultural Citizenship as Subject-Making: Immigrants Negotiate Racial and Cultural Boundaries in the United States».

41 Beaman, «Citizenship as Cultural», 851.

42 Ong, «Cultural Citizenship as Subject-Making: Immigrants Negotiate Racial and Cultural Boundaries in the United States».

43 Beaman, «Citizenship as Cultural», 851.

Diese Praktiken müssen nicht darauf ausgerichtet sein, die «differences of race, gender and other social statuses»⁴⁴ zum Verschwinden oder in Einklang mit einer «dominant culture» oder einem «normative center» zu bringen. So wird in den Arbeiten Rosaldos das «Recht auf Differenz» betont und entsprechend eine Neuausrichtung von Vorstellungen über *Citizenship* gefordert. García Canclini sieht solche Forderungen eingebettet in Prozesse der Dekollektivierung kultureller Systeme und der Verbreitung «unreiner Genres», durch die Vorstellungen von Standards und Normalität zunehmend verwischen und «deterritorialisieren» werden.⁴⁵ An die Stelle von eindeutigen Merkmalen der nationalen (und staatsbürgerlichen) Zugehörigkeit treten hybride Formen⁴⁶ und starre Kategorien wie Bürger:innen und Immigrant:innen verlieren – insbesondere in urbanen Kontexten – ihre Bedeutung.⁴⁷

Sprache und Citizenship

Die Zunahme hybrider Formen trifft auch auf Sprache zu. Gerade in den «global cities» und Zentren, zu denen etwa Saskia Sassen oder Néstor García Canclini gearbeitet haben, sind Überschneidungen und Mischformen zwischen unterschiedlichen Sprachen anzutreffen; in spezifischen Kontexten ist dann die Wahl der eigentlichen Standardsprache unüblicher als die einer eigentlichen Fremdsprache. Um an dieser Stelle nur einige Beispiele zu nennen: Über Konsum, die Mitgliedschaft in transnationalen Konsumgemeinschaften oder den all-

44 Beaman, 850.

45 Vgl. Hepp, «Néstor García Canclini: Hybridisierung, Deterritorialisierung und Cultural Citizenship», 172.

46 García Canclini, *Hybrid Cultures. Strategies for Entering and Leaving Modernity*.

47 Sassen, «The Repositioning of Citizenship: Emergent Subjects and Spaces for Politics».

täglichen Kontakt mit anderen Sprachen sind fremdsprachige Begriffe und Ausdrücke zum festen Bestandteil linguistischer Repertoires geworden. In Arbeitskontexten bestimmter Branchen ist Englisch längst zur Umgangssprache geworden, sowohl in der internen Kommunikation wie auch im Kontakt mit Kund:innen im In- und Ausland. Einen besonderen Einfluss haben zudem Prozesse der Medialisierung: Auf Social Media zeigen sich hybride sprachliche Formen, die durch die länderübergreifende Rezeption von Inhalten begünstigt werden oder auf Biografien der Migration zurückgehen.⁴⁸ Durch Online-Multiplayer-Spiele, Streaming-Plattformen oder über den Konsum von Filmen und Serien mit Untertiteln oder in Originalsprache hat sich eine Sprachvielfalt potenziert, die über dominierende Sprachen wie Englisch hinausgeht. Migrationsbewegungen⁴⁹ und Superdiversität⁵⁰ machen die praktische Hybridität von Sprache in Alltagskontexten plastisch und unübersehbar.

Trotz dieser sprachlichen Vielfalt und Hybridität lässt sich eine Persistenz von Einsprachigkeit als Standardvorstellung beobachten, insbesondere in Europa. Die linguistische Anthropologin Susan Gal konstatiert in diesem Zusammenhang:

48 Christian Ritter, *Postmigrantische Balkanbilder: Ästhetische Praxis Und Digitale Kommunikation Im Jugendkulturellen Alltag*, Kulturwissenschaftliche Technikforschung 8 (Zürich: Chronos, 2018).

49 Sabine Hess und Henrik Lebuhn, «Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship», *sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 2, Nr. 3 (2014): 11–34, <https://doi.org/10.36900/suburban.v2i3.153>; Sabine Hess, ««Citizens on the road». Migration, Grenze und die Rekonstitution von Citizenship in Europa», *Zeitschrift für Volkskunde* 112, Nr. 1 (2016): 3–18.

50 Steven Vertovec, «Talking around Super-Diversity», *Ethnic and Racial Studies* 42, Nr. 1 (2019): 125–39, <https://doi.org/10/gg5m28>.

«The dominant ideology of language in Europe today is <standard language>. It simultaneously shapes and hides many of the actual practices of speakers, especially minorities and migrants.»⁵¹

Gal verweist damit auf den Widerspruch, dass Vorstellungen über einen «reinen» und «richtigen» Sprachgebrauch vielfach nicht mit den tatsächlichen sprachlichen Praktiken übereinstimmen, aber dennoch wirkmächtig sein können. Diese Wirkmacht bezieht sich jedoch oft vor allem auf solche Personengruppen, deren Zugehörigkeit prekär ist oder infrage gestellt wird. Differenzbeobachtungen werden so vor allem dann angestellt, wenn sie mit anderen «markers of difference» einhergehen, also etwa mit einer anderen Herkunft, einem anderen sozialen Status oder einem anderen Bildungshintergrund. Die Differenzen, die zwischen (präskriptivistischen) Bildern einer idealisierten Standardsprache und der (deskriptivistischen) Beschreibung spezifischer Praktiken des Sprechens⁵² auftreten, sind dabei keineswegs neu. Die oben bereits erwähnte Vorstellung der «natürlichen» Verknüpfung von Sprache und Volk, die von Herder und auch von früheren Autoren vertreten wurde, ist, so Gal, als Konstruktion und als Sprachideologie kritisiert worden:

«Ironically, as scholars have repeatedly pointed out, such a perfect homology among nation, state, and language never existed in Europe, or anywhere else. As an ideal made of tightly interwoven strands, it is nevertheless a powerful, generative projection. Such a configuration of assumptions deserves to be called an ideology of language because it takes a perspective on the empirical world, erasing phenomena

51 Susan Gal, «Migration, Minorities and Multilingualism: Language Ideologies in Europe», in *Language Ideologies, Policies and Practices*, hg. von Clare Mar-Molinero und Patrick Stevenson (London: Palgrave Macmillan, 2006), 13–27.

52 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Ruedi Widmer in diesem Band.

that do not fit its point of view; ideology too because it is linked to political positions.»⁵³

Der Begriff der «language ideology» oder Sprachideologie wird hier genutzt, um Vorstellungen über Sprache und Sprachgebrauch aufzustellen, die nicht deckungsgleich mit dem realen Gebrauch von Sprachen sind. Hierzu kann die Annahme zählen, dass mit einer Nation auch eine Nationalsprache verbunden ist, deren Beherrschung Voraussetzung für die Teilhabe an Gesellschaft ist. Sprache wird entsprechend nicht als neutrales Medium der Verständigung verstanden⁵⁴, sondern als verknüpft mit politischen Interessen und normativen Überzeugungen. Die linguistische Anthropologin Judith T. Irvine formuliert hierzu:

«To study language ideologies, then, is to explore the nexus of language, culture, and politics. It is to examine how people construe language's role in a social and cultural world, and how their construals are socially positioned.»⁵⁵

Entsprechend ist der Zusammenhang von Sprache und Citizenship nur zu verstehen, wenn auch dessen soziale und politische Dimensionen mit in den Blick genommen werden. Die privilegierte Stellung von «Nationalsprachen» als Sprachideologie verknüpft soziokulturelle und politische Ansichten mit Sprache und setzt dabei den «monolingualen Habitus der multilingualen europäischen Gesellschaften»⁵⁶

53 Gal, «Migration, Minorities and Multilingualism: Language Ideologies in Europe», 15.

54 Mikhail M Bakhtin, *The Dialogic Imagination. Four Essays*, Four Essays (Austin: University of Texas Press, 1981).

55 Irvine, Judith T. «Language Ideology». In *Oxford Bibliographies: Anthropology*. Oxford University Press, 2012. <https://doi.org/10.1093/obo/9780199766567-0012>.

56 Patrick Stevenson, «Migration und Mehrsprachigkeit in Europa: Diskurse über Sprache und Integration», in *Sprache und Integration*, hg. von Ludwig M. Eichinger, Albrecht Plewnia, und Melanie Steinle, *Studien zur deutschen Sprache* 57 (Tübingen: Günter Narr, 2011), 16.

als Standard, von dem aus Abweichungen ausgemacht werden. Über Sprachideologie wird so die Beherrschung einer nationalen Standardsprache zur Bedingung von vollständiger gesellschaftlicher Teilhabe gemacht. Vielfach geht es dabei um einen, wie Michael Silverstein es nennt, «monoglot standard»⁵⁷, der beherrscht werden muss, um vorherrschenden linguistischen Konventionen zu entsprechen. Damit sind nicht nur die jeweilige Sprache an sich, sondern darüber hinaus auch Wortwahl, Grammatik, Dialekt oder Soziolekt gemeint – Aspekte also, die von vorherrschenden konstruierten Standards wie «Hochdeutsch» oder «British Standard English» abweichen können.

Die pragmatische Sprachvielfalt trifft so auf normative Vorstellungen des richtigen Sprechens, die als Ausschlusskriterien für Bereiche gesellschaftlicher Teilhabe dienen können. Patrick Stevenson merkt hierzu an, dass gegenwärtige Prozesse der Transnationalisierung diese Vorstellungen paradoxerweise sowohl herausfordern wie auch verstärken:

«Auf der einen Seite mindern [globalisierte wirtschaftliche Prozesse, S.G.] die Bedeutung nationalstaatlicher Grenzen, auf der anderen Seite verursachen sie einen internen politischen Druck in den einzelnen europäischen Staaten, diese Grenzen aufrecht zu erhalten und nationale Interessen zu behaupten.»⁵⁸

Insbesondere im Rahmen der Europäischen Union zeigt sich dieser Widerspruch. Zum einen gibt es das idealisierte Bild von mobilen europäischen Bürger:innen, die mehrere (europäische) Sprachen beherrschen, gut ausgebildet sind und sich zwischen den verschiede-

57 Silverstein, «Monoglot Standard in America: Standardization and Metaphors of Linguistic Hegemony»; Michael Silverstein, «Contemporary Transformations of Local Linguistic Communities», *Annual Review of Anthropology* 27 (1998): 401–26, <https://doi.org/10.1146/annurev.anthro.27.1.401>.

58 Stevenson, «Migration und Mehrsprachigkeit in Europa: Diskurse über Sprache und Integration», 17.

nen Mitgliedsstaaten der EU bewegen. Damit verbunden ist auch die Idee eines «europäisches Staatsbürgerschaftsmodell[s]», nach dem nationale Identitäten weniger wichtig werden als die Zugehörigkeit zum pluralen Projekt der EU. Mehrsprachigkeit ist demnach ein wünschenswerter Ausweis von Kompetenz. Zum anderen aber, so Stevenson, liessen sich vor dem Hintergrund einer grösseren Offenheit und von Superdiversität auch Tendenzen beobachten, dass Kriterien der klassischen Staatsbürgerschaft stärker entlang nationalstaatlichen Standards orientiert werden, um ländertypische Eigenschaften zu betonen und zu bewahren. Sprache spielt dabei eine zentrale Rolle:

«In beiden Fällen dient die Sprache den Gesetzesmachern als eine Kernkomponente in der Formulierung der Bürgerrechte, der Verantwortungen und der Möglichkeiten. Doch während einerseits der ideale EU-Bürger entworfen wird, der als Polyglott in der Lage ist, sein Repertoire an Sprachen je nach Nutzen und Bedarf anzuwenden und zu erweitern, ist andererseits in vielen Mitgliedsstaaten nicht die plurilinguale Kompetenz, sondern die Beherrschung der «Nationalsprache» die Hauptvoraussetzung für die Staatsbürgerschaft.»⁵⁹

Gerade gesellschaftliche Offenheit und Superdiversität, die sich besonders in urbanen Kontexten zeigen, verstärken demnach die Reproduktion sprachlicher Standards als Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe, indem durch sie Differenzen deutlicher sichtbar werden. Sprachvielfalt wird durch stärkere Vernetzung und Mobilität pragmatisch befördert und ist Realität in vielen Lebensbereichen; zugleich wird sie dann als Problem konstruiert, wenn sie nicht auch lokale Standardsprachen als nationales Merkmal und Integrationsbedingung miteinschliesst.

59 Stevenson, 18.

Damit hängt auch die Frage zusammen, wann Mehrsprachigkeit als Defizit und wann als ökonomischer Vorteil gesehen wird. Stevenson spricht von «orders of multilingualism»⁶⁰, nach denen Konstellationen der Mehrsprachigkeit unterschiedlich bewertet werden. Manche dieser Konstellationen sind erwünscht oder sogar erforderlich, etwa in Arbeitskontexten, in denen man zur Kommunikation auf English-, Französisch oder Spanischkenntnisse angewiesen ist. Diese Bewertung einzelner Sprachen nach ihrer Nützlichkeit ist variabel: Das auch als «lingua franca» apostrophierte Englisch gilt sicherlich – vor allem in Europa – auch weiterhin als wichtigste Sprache. Mit der Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft der letzten Jahrzehnte gewinnt jedoch auch Chinesisch als Sprache in der Wirtschaft an Bedeutung. Andere Konstellationen der Mehrsprachigkeit hingegen werden als Integrationshürde gesehen. Stevenson gibt das Beispiel der französischen Banlieus, in denen das Sprechen von Arabisch als Subversion und Weigerung zur Anpassung interpretiert wird. Zudem wird die Mehrsprachigkeit von Arbeitnehmer:innen, die neben Deutsch oder Englisch etwa noch osteuropäische Sprachen beherrschen, zwar nicht als Hindernis zur Teilhabe betrachtet, jedoch als weniger «wertvoll» als die Sprachkompetenz in «nützlicheren» Sprachen.

Hierarchien von Mehrsprachigkeit sind in diesem Sinne verknüpft mit «sociolinguistic economies»⁶¹, wie die beiden Soziolinguisten Jan Blommaert und Ben Rampton es nennen. Damit verweisen sie darauf, dass unterschiedlichen Sprachen in sozialen und ökonomischen Kontexten auch eine unterschiedliche Wertigkeit beigemessen wird,

60 Stevenson, 15.

61 Blommaert und Rampton, «Language and Superdiversity»; vgl. auch Judith T Irvine, «When Talk Isn't Cheap: Language and Political Economy», *American Ethnologist* 16, Nr. 2 (1989): 248–67, <https://doi.org/10.1525/ae.1989.16.2.02a00040>.

ohne dass es dabei um ihre tatsächliche Nützlichkeit oder Anwendbarkeit geht. Ein Aspekt davon ist, inwiefern solche Sprachkompetenzen mit gesellschaftlicher Teilhabe in Verbindung gebracht werden: Welchen Sprachen wird ein die Teilhabe fördernder oder hemmender Einfluss beigemessen? Wie sieht eine «angemessene» Mehrsprachigkeit in der Praxis, in der Öffentlichkeit und im Privaten aus? Solche Vorstellungen, wie man wann zu sprechen hat, sind im Sinne von Sprachideologien wesentlicher Bestandteil von *Cultural Citizenship*. Blommaert und Rampton argumentieren aus soziolinguistischer Perspektive für einen Fokus auf Praktiken des Vermischens, der Hybridisierung und insbesondere der situierten und konkreten Nutzung von Sprache,⁶² um Fragen über den Zusammenhang von Sprache und ihren Nutzer:innen nachgehen zu können – und letztlich auch, um ein Verständnis von Standardsprachkompetenz als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe zu problematisieren.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen Standardsprachen, «nützlichen» oder «weniger nützlichen» Sprachen ist – und hiermit kommen wir zum Beginn dieses Essays zurück – auch Thema der interkulturellen Wochen «About Us! Zürich interkulturell» gewesen. Hier wurden alternative linguistischen und soziokulturelle Praktiken sichtbar gemacht, die ihren Platz in Städten wie Zürich haben, in Sprachideologien über gesellschaftliche Teilhabe aber nur selten oder nur am Rande vorkommen. Das Bewusstsein, dass und in welcher Vielfalt diese existieren, kann ein Ausgangspunkt sein, um die Verknüpfung von Standardsprachen und Staatsbürgerschaft jenseits pragmatischer Erfordernisse zu lockern und den dynamischen Charakter von Sprachideologien zu betonen.

62 Blommaert und Rampton, «Language and Superdiversity», 7.

Eine informelle *Cultural Citizenship* bedeutet dann, sprachliche Differenzen in ihrer Multiplizität anzuerkennen und auch den Einfluss zu sehen, die diese auf dominante sprachliche Praktiken haben. Mehrsprachigkeit, hybride Formen, Sprachwechsel – im sprachlichen Alltag gerade von Städten ist das Normalität, die Teilhabe in ganz unterschiedlichen Formen ermöglicht. Differenzen im Sprachgebrauch müssen entsprechend nicht auch zwangsläufig graduelle Unterschiede im informellen *Citizenship*-Status nach sich ziehen. Die Sichtbarmachung von sprachlicher Vielfalt und das Bewusstsein, dass sprachliche Unterschiede als Merkmale für Ausgrenzungen wie auch für Teilhabe dienen können, sind hierfür jedoch Voraussetzung. In diesem Sinne sind auch die Beiträge in diesem Band zu verstehen: Sie zeigen ganz unterschiedliche Verknüpfungen von Sprache und gesellschaftlicher Teilhabe auf, die auf den ersten Blick nicht unbedingt sichtbar sind.